

Die Woche im Bundestag



Angehörige von Pflegebedürftigen entlasten

Gute Nachrichten für die Angehörigen pflegebedürftiger Menschen: In Zukunft müssen sie erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von 100.000 Euro einen finanziellen Beitrag zu den Pflegekosten ihrer nahen Verwandten leisten. Erst wenn das Jahresbruttoeinkommen über diesem Freibetrag liegt, kann das Sozialamt auf die Angehörigen zurückgreifen. Darüber stimmte der Bundestag in dieser Woche ab. Vom Angehörigen-Entlastungsgesetz profitieren rund 275.000 Menschen in Deutschland. Bevor das Gesetz in Kraft tritt, muss noch der Bundesrat zustimmen.



Außerdem hat der Bundestag über den Gesetz-entwurf entschieden, der eine bessere Versorgung durch Di-

digitalisierung und Innovation (Digitale-Versorgung-Gesetz) sicherstellen soll. Ab Januar 2020 sollen alle Bürger besseren Zugang zu digitalen Gesundheitsanwendungen bekommen. Die Kosten dafür werden von der gesetzlichen Krankenkasse erstattet. Beispiele sind Gesundheits-Apps, die bei der Dokumentation von Blutzuckerwerten unterstützen oder den Patienten an die regelmäßige Tabletteneinnahme erinnern. Zusätzlich sollen durch das Digitale-Versorgung-Gesetz die Entwicklung von Telemedizin ausgebaut und Verwaltungsprozesse digitalisiert werden. Bis spätestens 2021 soll auch der Weg für die elektronische Patientenakte frei sein.

Bei der Grundrente Kurs halten

Bei der aktuellen Diskussion um die Ausgestaltung einer Grundrente ist uns vor allem wichtig:



Wir sind für eine Grundrente nur für die Menschen, die diese auch wirklich brauchen. Deshalb haben wir uns mit der SPD auf die Grundzüge dafür im Koalitionsvertrag geeinigt, wozu eine Bedürftigkeitsprüfung zählt. Und zu einer entsprechenden Einigung sind wir auch bereit.

Wir werden jedoch nicht die Prinzipien des Renten- und Grundsicherungssystems über den Haufen werfen und der jungen Generation enorme Lasten auferlegen. Warum sollten wir Steuergelder hart arbeitender Menschen an andere verteilen, die die Unterstützung gar nicht brauchen? Das schafft nicht mehr, sondern weniger Gerechtigkeit. Eine richtig austarierte Grundrente ist für uns eine wichtige Sachfrage, die wegen der demographischen Situation unseres Landes von enormer Langzeitwirkung ist. In diesem Sinne führen wir die Verhandlungen.

Wir wollen die Grundrente so gerecht wie möglich machen. Trotz aller Diskussionen ist die Koalition leistungs- und arbeitsfähig. Das zeigt allein die Tatsache, dass der Bundestag in dieser Woche zehn Gesetze verabschiedet hat.

Hassrede und Hasskriminalität konsequent verfolgen



Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag in einer Aktuellen Stunde zum Thema „Gegen Hassrede und Hasskriminalität – Für eine offene und freiheitliche Gesellschaft“ beraten. Bereits am 5. November 2019

hatte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag das Positionspapier „Weiterentwicklung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG)“ beschlossen.

„Das Positionspapier der Unionsfraktion zur Weiterentwicklung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) beschreibt zentrale Punkte, an denen das Gesetz verbessert

und fortentwickelt werden muss. Wichtig ist vor allem, den Strafverfolgungsbehörden die Mittel an die Hand zu geben, um Ermittlungen effizienter zu gestalten. Daher muss es im Falle von strafbewährten Veröffentlichungen eine Pflicht zur Übermittlung der relevanten Bestands- und Nutzungsdaten durch die Plattformbetreiber an die Strafverfolgungsbehörden geben.

Gemeinsam mit der Umsetzung des „Maßnahmenpaketes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ der Bundesregierung wird die NetzDG-Novelle maßgeblich dazu beitragen, dass Hass, Hetze und Beleidigungen sowohl in der realen Welt als auch im Internet schneller und konsequenter lokalisiert, Hetzer und Leugner identifiziert und diese Straftaten konsequenter geahndet werden. Es ist mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu verhindern, dass Hassrede Hemmschwellen senkt und den Nährboden für weitere Hasskriminalität bietet.“

Erklärte dazu Carsten Müller, der Berichterstatter für rechtspolitische Digitalthemen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Mehr Planungssicherheit für Fachhochschulen

Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung unserer Fraktion hat in dieser Woche beschlossen, längerfristige Planungssicherheit für die Forschung an Fachhochschulen zu ermöglichen.

Fachhochschulen tragen heute zu weit mehr als klassischer anwendungs- und praxisorientierter Ausbildung bei. Mit ihrer anwendungsorientierten Forschung sind sie innovativer Impulsgeber in den Regionen und stimulieren den Wissenstransfer in kleine und mittlere Unternehmen mit großem Erfolg. Deswegen wollen wir das Förderprogramm „Forschung an Fachhochschulen“ für das Jahr 2020 auf insgesamt 60 Mio. Euro erhöhen, wie es im Regierungsentwurf bereits angelegt ist. Perspektivisch wollen wir zudem, dass das Programm dauerhaft jährlich einen Aufwuchs von 3 Prozent erfährt, ähnlich wie es bei dem Pakt für Forschung und Innovation auch vorgesehen ist. Damit tragen wir zu mehr Planbarkeit, Verlässlichkeit und Kontinuität für die Forschung an Fachhochschulen bei.

„Die Stärkung der Forschung an Fachhochschulen ist uns in der Union ein wichtiges Anliegen. Darum ist im Bundeshaushalt dafür eine Steigerung auf 60 Mio. Euro vorgesehen. Den Aufwuchs wollen wir mit jährlich 3 Prozent verstetigen

und konnten dazu eine Einigung mit unserem Koalitionspartner erzielen. Wir stärken damit den regionalen Austausch zwischen Fachhochschulen und Wirtschaft und sorgen dafür, dass wir die Chancen der



Wissensgesellschaft in Deutschland besser nutzen können. Wir zeigen damit, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Zukunft unseres Landes und unsere Politik eine Schlüsselrolle spielen und hier den Fachhochschulen dauerhaft eine wichtige Rolle zukommt.“

Erklärte dazu Stephan Albani, der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Deutschland muss militärisch handlungsfähiger werden



Henning Otte, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat an der Universität der Bundeswehr in München eine sicherheitspolitische Grundsatzrede gehalten.

Es ist gut und richtig, dass Annegret Kramp-Karrenbauer von Deutsch-

land fordert, mehr Verantwortung als internationaler Akteur zu übernehmen und militärisch handlungsfähiger zu werden. Nur so kann Deutschland seine sicherheitspolitischen Interessen konsequent vertreten. Nur so können wir für unsere Partner im transatlantischen Bündnis und in der Europäischen Union glaubwürdig und verlässlich sein.

Um unserer eigenen Sicherheit willen müssen wir selbstbewusst und engagiert handeln. Dazu ist nicht nur eine Mentalitätswandel notwendig, sondern auch eine Abkehr von der bequemen Haltung, in Einsätzen vorzugsweise die Logistik und medizinische Versorgung zu übernehmen. Wenn wir mehr Verantwortung übernehmen, dann gehören dazu auch robuste Einsätze.

Das Bundesverteidigungsministerium will dazu Schritte einleiten, die die Fraktion begrüßt und unterstützt. Die Aufstellung eines nationalen Sicherheitsrates beispielsweise würde Deutschlands Handlungsfähigkeit erheblich steigern. Handlungsfähigkeit bedeutet nicht zuletzt, eine große Bandbreite militärischer Fähigkeiten schnell und effizient anwenden zu können.

Erinnerung an Freude des 9. November 1989 erhalten

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche in einer Vereinbarung Debatte die Friedliche Revolution und den Mauerfall vor 30 Jahren gewürdigt. Dabei wurde auch an jene mutigen Menschen erinnert, die lange vor dem Herbst 1989 für Freiheit in der DDR eintraten. Zwischen dem Aufstand vom 17. Juni 1953 und dem 9. November 1989 gab es viele Menschen, die inhaftiert wurden, ihren Beruf verloren oder ihr Leben an der innerdeutschen Grenze lassen mussten. Die Union verneigt sich vor diesen stillen Helden.

"Die CDU/CSU-Fraktion würdigt den Fall der Mauer vor 30 Jahren als den glücklichsten Tag in der deutschen Geschichte. Heute gilt es, an die große gemeinsame Freude in Ost und West zu erinnern. Die allermeisten Menschen blicken heute auch voller Dankbarkeit und tiefer Freude auf diesen historischen Tag zurück.

Zugleich erinnern wir an die vielen Menschen, denen jahrzehntelang ein Leben in Freiheit und Demokratie verwehrt war. Viele Menschen haben unter der Diktatur in der DDR gelitten und viele Menschen haben Widerstand gegen das System geleistet. Wir fordern einen zentralen Gedenkort für die Opfer des Kommunismus, um eine Leerstelle in unserer

Erinnerungslandschaft zu schließen.

Leider müssen wir in diesen Tagen immer wieder unmissverständlich bekräftigen: Die DDR war ein Unrechtsstaat - die DDR war ein Willkürstaat, eine Diktatur, in der unermessliches Unrecht

geschehen ist. Eine Verharmlosung hilft den Menschen nicht, sondern schürt antidemokratische Tendenzen."

Erklärte dazu Elisabeth Motschmann, die kultur- und medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.



Landesgruppe trifft Landesfeuerwehrverband

In dieser Woche trafen sich einige Abgeordnete der Landesgruppe mit dem Präsidium des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen zu einem Gedanken-



austausch in Berlin. Bei diesem Informationsgespräch erörterten die Abgeordneten und Feuerwehrleute aktuelle Fragen, z.B. des Brand- und Katastrophenschutzes oder der Ausstattung der Feuerwehren.

Die Woche im Parlament

Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften.

In 2./3. Lesung beschlossen wir das Jahressteuergesetz. Es enthält u.a. zahlreiche Maßnahmen zur Förderung vor allem der umweltfreundlichen Mobilität. Dazu werden insbesondere mehrere bereits existierende steuerliche Begünstigungen für Elektrofahrzeuge, Hybridfahrzeuge oder Dienstfahräder bis zum Jahresende 2030 verlängert. Des Weiteren wird eine Sonderabschreibung für E-Lieferfahrzeuge eingeführt und das Jobticket gefördert. Das Gesetz regelt zudem weitere steuerrechtliche Fragen wie etwa die Erhöhung der Verpflegungspauschale für Dienstreisen oder die Erhöhung der Förderungsgrenze bei der Wohnungsbauprämie auf 700 beziehungsweise auf 1.400 Euro. Der Prämiensatz wird dabei auf 10 Prozent angehoben.

Zweites Gesetz zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes.

In 2./3. Lesung beschlossen wir eine Reform des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes, mit dem für das Antragsjahr 2020 die Umschichtung von der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (EU-Direktzahlungen) in die zweite Säule (ELER) von 4,5 Prozent auf 6 Prozent erhöht wird.

Gesetz zur Änderung des Umweltauditgesetzes, des Atomgesetzes, des Standortwahlgesetzes, der Endlagervoraussetzungsverordnung und anderer Gesetze und Verordnungen.

Mit dem Umweltauditgesetz werden die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Kenntnisse der Umweltgutachter auf den Bereich nachhaltiger Unternehmensführung im Zusammenhang mit einem Umweltmanagementsystem geschaffen. Änderungen im Atomrecht ermöglichen öffentlich-rechtliche Verträge unter anderem für die Erhebung von Entsorgungskosten anstelle von jährlichen Kostenbescheiden unter Aufrechterhaltung des Verursacher- und des Äquivalenzprinzips. Weitere Änderungen betreffen die Umbenen-

nung des Bundesamts für kerntechnische Entsorgungssicherheit hin zu Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und Anpassungen im Chemikaliengesetz.

Mit nationaler Tourismusstrategie den Standort Deutschland weiter stärken.

In der Tourismusbranche sind in Deutschland fast 3 Mio. Menschen beschäftigt. Der Tourismus ist insbesondere im ländlichen Raum ein Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung mit unserem Antrag dazu auf, die Rahmenbedingungen für den Tourismus in Deutschland weiter zu verbessern. Ziel des Antrags ist es, die Chancen des Tourismus noch besser auszuschöpfen und die positiven Effekte zu stärken. Dazu soll die Bundesregierung mit ihrem für Frühjahr 2020 angekündigten Aktionsplan unter anderem Förderverfahren vereinfachen, bürokratische Belastungen abbauen, mehr Jugendliche für Berufe des Tourismus interessieren und die Barrierefreiheit im Tourismus weiter ausbauen.

Daten und Fakten



Zahl der Empfänger sozialer Mindestsicherung deutlich gesunken.

Zum Jahresende 2018 erhielten rund 7,2 Mio. Menschen in Deutschland Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Das sind 5,1%

weniger als im Vorjahreszeitraum. Im Vergleich zu Ende 2017 sind somit rund 400.000 Menschen nicht mehr auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen. In den neuen Bundesländern (inkl. Berlin) reduzierte sich der Anteil der Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen überdurchschnittlich. Gemessen an der Gesamtbevölkerung sank der Anteil der Leistungsempfänger auf 8,7%. Der Anteil ging damit das 3. Jahr in Folge zurück.

(Quelle: Destatis)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Die Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.